

# Fraktion **direkt**

65 | 19. Oktober 2012

Zur Lage

## Die Opposition denkt nicht an die Menschen Koalition stützt Konsum und Investitionen

Deutschland bleibt auch im kommenden Jahr auf Kurs. Die Wirtschaft wird weiter wachsen. Vielleicht fallen die Wachstumszahlen etwas geringer aus als wir erhofft haben. Doch angesichts der Euro-Schuldenkrise und einer schwächeren ökonomischen Entwicklung in Asien und Lateinamerika bleibt unser Land ein Ort der wirtschaftlichen Stabilität.

Die christlich-liberale Koalition fördert diese Entwicklung, wo immer es ihr möglich ist. Zum 1. Januar senken wir die Rentenbeiträge von 19,6 auf 19,0 Prozent. Damit werden die Arbeitnehmer und Unternehmen um 2,7 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Das stützt den Konsum und die Investitionen.

Die Opposition könnte das Ihrige dazu beitragen, dies noch weiter zu unterstützen. Doch schon seit Monaten blockiert sie im Bundesrat unseren Gesetzentwurf zur Abschwächung der kalten Progression. Von den Lohnerhöhungen bleibt den Arbeitnehmern damit viel weniger als ihnen zusteht. SPD und Grüne wollen immer nur mehr Geld in die Kassen des Staates lenken. Dass den Bürgern Entlastung zusteht, daran denken sie nicht.

Für viele Familien im Mittelstand würde sich die finanzielle Situation weiter verschlechtern, sollten die Steuerpläne der SPD verwirklicht werden. Denn eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes träfe nicht nur die vermeintlich Reichen. Sie hat Auswirkungen auf den gesamten Steuertarif. Nur das verschweigt die SPD.

### Unsinnige Blockaden

Noch unverständlicher ist eine weitere Blockade der Opposition von Rot und Grün. Durch ihre Verweigerungshaltung konnte seit über einem Jahr das Gesetz zur steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung nicht in der Länderkammer verabschiedet werden. Dieses Gesetz ist aber eine wichtige Maßnahme zur Flankierung der Energiewende.



Foto: Martin Lengemann

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Denn wir müssen nicht nur umweltschonende Energie erzeugen. Wir müssen vor allem mit der Energieverschwendung Schluss machen.

Es ist wenig glaubwürdig, wenn zum Beispiel die Grünen die Erhöhung der Umlage für die erneuerbaren Energien anprangern, aber nichts dazu beitragen wollen, den Energieverbrauch im Gebäudebereich zu senken. Die Bürger werden vor allem wegen der höheren Rohstoffpreise in den nächsten Jahren immer mehr für Energie bezahlen müssen. Die Sanierung der Gebäude wäre aber ein Mittel, diese Tendenz zumindest zu lindern. So viel Weitsicht besitzt die Opposition aber nicht. Sie denkt nicht an die Menschen.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Die Opposition denkt nicht an die Menschen	1
Wir brauchen keinen „gläsernen Abgeordneten“	2
Merkel für neues Element der Solidarität	3
Mehr Eigenkapital und höhere Liquidität	4
„Zivilcourage ist erforderlich“	5
„Transparenz ist kein Selbstzweck“	6
Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland „ein Hoffnungszeichen“	6
„Energiewende nicht schlechtreden“	7
Neue Regeln für die Banken	7
Finanzen der Kommunen entwickeln sich erfreulich	8
Aussöhnung als Aufgabe	9
Letzte Seite	10

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Wir brauchen keinen „gläsernen Abgeordneten“

## Feineres Stufensystem für Nebeneinkünfte

Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, dass Abgeordnete über ihre Nebeneinkünfte Auskunft geben. Mögliche Abhängigkeitsverhältnisse müssen für den Wähler erkennbar sein.

Wer nun aber – wie die SPD – die Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf Euro und Cent fordert, schadet dem Ansehen von Politikern mehr als ihm zu dienen. Die Forderung nach dem „gläsernen Abgeordneten“ verkennt das Ziel von Transparenz und die Bedeutung des freien Mandats in unserer parlamentarischen Demokratie.

Das 2007 eingeführte Stufensystem für die Offenlegung von Nebentätigkeiten wird dieser Forderung gerecht. In drei Stufen von 1.000, 3.500 und 7.000 Euro müssen Abgeordnete des Deutschen Bundestags ihre (monatlichen) Einkünfte pauschaliert und nach Herkunft anzeigen. Wie wirksam bereits diese Regelung ist, zeigt die aktuelle Diskussion um die Nebeneinkünfte von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Innerhalb kürzester Zeit hatte das Portal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) ein Ranking der zehn Abgeordneten mit den höchsten Nebeneinkünften erstellt und die öffentliche Debatte weiter vorangetrieben.

Das zeigt: Das Stufensystem als solches wird dem Zweck von Transparenz gerecht. Nachbesserungsbedarf besteht bei der Einteilung der Stufen. Die geltende Regelung mit der letzten Stufe ab 7.000 Euro differenziert in den höheren Einkommensbereichen nicht mehr ausreichend. Da werden wir nacharbeiten.

### Spannungsverhältnis zwischen Transparenz und freiem Mandat auflösen

Was wir aber nicht brauchen, ist der „gläserne Abgeordnete“ – der Politiker, der sich nicht nur im Zweifelsfall rechtfertigen, sondern der im Regelfall bis ins letzte Detail über seine



Foto: Jördis Zähning

**Michael Grosse-Brömer**  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

wirtschaftlichen Verhältnisse Auskunft geben muss. Das widerspricht der Idee unseres Grundgesetzes von einem freien Mandatsträger, der sein politisches Amt schöpferisch, gestaltend und einzig seinem Gewissen verpflichtet ausübt. Denn auch wenn der Abgeordnete gesetzlich angehalten ist, das Mandat in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit zu stellen: Der Abgeordnete handelt – anders als Beamte – nicht in Dienstpflicht und Abhängigkeit. Auch er hat Bürgerrechte und ein schützenswertes Lebens- sowie Arbeitsumfeld. Letzteres muss er als Selbstständiger ganz besonders pflegen. Denn hierhin kehrt er nach dem Mandat, das er nur auf Zeit hat, zurück.

In diesem Spannungsverhältnis von mehr demokratischer Kontrolle und freiem Mandat müssen wir eine kluge und praktikable Lösung finden. Das erreichen wir durch ein ausdifferenziertes Stufensystem. Die völlige wirtschaftliche und finanzielle Transparenz stünde hingegen nicht im Dienst von mehr Kontrolle und Demokratie. Sie wäre Transparenz einzig um ihrer selbst willen.

# Merkel für neues Element der Solidarität

## Regierungserklärung zum EU-Gipfel – „Der Euro ist weit mehr als eine Währung“



Quelle: Tobias Koch/dapd

Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt die Idee eines separaten Budgets für die Mitglieder der Euro-Zone. Es werde ein „neues Element der Solidarität“ gebraucht, sagte Merkel am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zum Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Dieser Vorschlag ist Teil eines EU-Konzepts zur engeren Zusammenarbeit der Euro-Länder in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, mit dem die Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben werden sollen.

Mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Euro-Schuldenkrise, den Reformen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt alleine seien diese Konstruktionsfehler nicht beseitigt. „Wir brauchen mehr“, sagte die Kanzlerin. Bis zu einem nächsten EU-Gipfel im Dezember 2012 sollen die Felder festgelegt werden, auf denen eine engere Zusammenarbeit nötig und sinnvoll sei. Nur mit der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sei die Vertrauenskrise, in der die Staaten der Euro-Gruppe steckten, zu lösen, betonte Merkel.

Die Kanzlerin sieht vier Handlungsfelder auf europäischer Ebene:

mehr gemeinsame Finanzmarktpolitik, mehr gemeinsame Fiskalpolitik, mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik sowie eine Stärkung der demokratischen Legitimation und Kontrolle.

### Hilfe befristet und projektbezogen

Der Fiskalpakt erlaubt es dem Europäischen Gerichtshof, die Einführung der Schuldenbremse in den Vertragsländern zu überprüfen. Dies reicht nach Ansicht Merkels für die Zukunft jedoch nicht aus. Die europäische Ebene brauche Durchgriffsrechte auf die nationalen Haushalte, falls der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht eingehalten werde.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schlug Merkel nationale Reformvereinbarungen einzelner europäischer Länder mit der EU-Kommission vor. Diese müssten von den jeweiligen nationalen Parlamenten genehmigt werden, damit sie eine ausreichende demokratische Legitimation erhielten. Sollten Länder, die ohnehin mit der Bewältigung der Schuldenkrise zu tun hätten, diese wettbewerbsfördernden Maßnahmen nicht finanzieren können, so stünde

ihnen der neue Fonds der Euro-Zone bereit. Gelder aus dem Fonds könnten jedoch nur zeitlich befristet und projektbezogen in Anspruch genommen werden, machte Merkel zur Bedingung. Die Einnahmen der geplanten Finanztransaktionssteuer könnten in dieses Budget fließen, schlug die Bundeskanzlerin vor.

### Verständnis für Griechen

„Ich wünsche mir, dass Griechenland im Euro bleibt“, sagte die Bundeskanzlerin, auch mit Blick auf den bevorstehenden Bericht der Troika über die Reformfolge des Landes. Aber die Lage in Griechenland sei alles andere als einfach. Merkel war in der vergangenen Woche zu einem Besuch in Athen. „Vieles geht zu langsam voran, strukturelle Reformen laufen oft nur im Schneckentempo ab.“ Gleichzeitig äußerte die Kanzlerin Verständnis für den Unmut vieler Griechen, dass wohlhabende Mitbürger sich der Mitwirkung an der Bewältigung der Krise entzogen. Deshalb täten sich viele Griechen so schwer damit einzusehen, dass die Probleme ihres Landes in erster Linie zu Hause entstanden und nur dort lösbar seien.

### Kauder unterstützt Merkels Kurs und greift Steinbrück an

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder gab der Kanzlerin grundsätzliche Rückendeckung für ihren Verhandlungskurs. „Die Richtung stimmt. Wir stehen hinter Ihrer Politik in Europa“, gab Kauder der Kanzlerin für die Brüsseler Beratung mit auf den Weg. Angesichts der Kritik Peer Steinbrücks an der Europapolitik der Regierung riet Kauder dem designierten SPD-Kanzlerkandidaten, häufiger bei den Debatten im Plenum des Bundestages anwesend zu sein: „Dann wissen Sie, auf was es wirklich ankommt.“

# Mehr Eigenkapital und höhere Liquidität

## Bundestag debattiert in erster Lesung „Basel III“ – Lehren aus der Finanzkrise – Banken widerstandsfähiger machen

Einer der zentralen Bausteine für die Regulierung der Finanzmärkte ist „Basel III“. Hinter dem Begriff verbirgt sich eine neue, weltweit gültige Grundordnung für die Banken, die ihnen mehr Eigenkapital und höhere Liquidität vorschreibt. Der Bundestag debattierte am vergangenen Donnerstag in erster Lesung das Gesetz, mit dem Basel III in nationales Recht übertragen wird.

Basel III – benannt nach dem Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – geht auf die globale Finanzmarktkrise 2008 zurück. Schon 2009 forderten die Staats- und Regierungschefs der 20 führenden Industrienationen bei ihren Treffen in London und Pittsburgh eine nachhaltige Stärkung der Widerstandskraft des Bankensystems. Auf dem G-20-Gipfel 2010 in Seoul verpflichteten sie sich, das neue Regelwerk ab dem 1. Januar 2013 anzuwenden.

Die höheren Eigenkapitalanforderungen und strengeren Liquiditätsvorschriften dienen dazu, dass Banken ihre Verluste besser abfedern können. Im Krisenfall wird die Zahlungsfähigkeit der Banken sichergestellt. Damit wird auch die Wider-



© styleunited - Fotolia.com

standsfähigkeit des Bankensystems als Ganzes gestärkt.

Die europäischen Regelungen zur Umsetzung von Basel III verschärfen die Eigenkapitalvorschriften für Banken deutlich: Das sogenannte harte Kernkapital, mit dem Verluste am besten aufgefangen werden können, soll um das Dreieinhalbfache erhöht werden. Hinzu kommen neue Kapitalpuffer, zu deren Aufbau Banken in wirtschaftlich guten Zeiten verpflichtet werden können, um bei Konjunkturschwankungen flexibel reagieren zu können. Für sehr große, systemrelevante Banken können noch weiter-

gehende Kapitalanforderungen gestellt werden.

### Sanktionsmöglichkeiten erweitert

Mit dem neuen Gesetz werden der deutschen Bankenaufsicht auch verschärfte Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten an die Hand gegeben. Künftig ist es nicht nur möglich, Banken die Zulassung zu entziehen und ihre Vorstände abzurufen, sondern auch die regelwidrig erzielten Gewinne abzuschöpfen.

Verabredungsgemäß sollen die Basel-III-Regeln in der EU zum 1. Januar 2013 eingeführt werden. Allerdings befinden sich diese seit geraumer Zeit im Vermittlungsverfahren zwischen Europaparlament, Europäischem Rat und EU-Kommission. Deutschland drängt auf einen zügigen Abschluss der Verhandlungen.

Wegen der Dauer des deutschen Gesetzgebungsverfahrens ist es notwendig, bereits vor Abschluss des europäischen Vermittlungsverfahrens mit der nationalen Umsetzung zu beginnen. Abgeschlossen werden kann das hiesige Gesetzgebungsverfahren aber erst, wenn eine endgültige Einigung über das Regelwerk auf europäischer Ebene vorliegt.

### Finanztransaktionssteuer

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die öffentlichen Haushalte mit erheblichen Kosten belastet. An diesen Kosten sollen auch die Finanzmärkte beteiligt werden. Zu diesem Zweck setzt sich die Bundesregierung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene ein. Die Steuer soll auf Handelsgeschäfte mit Finanzinstrumenten und Derivaten erhoben werden, wie z.B. Aktiengeschäfte oder Käufe und Verkäufe von Optionen und Kreditausfallversicherungen. Vorgesehen sind Mindeststeuersätze für den Handel mit Derivaten von 0,01 Prozent und für den Handel gewöhnlicher Finanzinstrumente von 0,1 Prozent.

Da eine europaweite Einführung am Widerstand einzelner EU-Mitgliedstaaten gescheitert ist, hat Deutschland den Weg der verstärkten Zusammenarbeit vorgeschlagen. Diese setzt voraus, dass mindestens neun Mitgliedstaaten bereit sind, gemeinsam voranzuschreiten.

Auf Initiative des Bundesfinanzministers und seines französischen Amtskollegen haben inzwischen elf Mitgliedstaaten einen Antrag auf verstärkte Zusammenarbeit bei der Europäischen Kommission gestellt. Ziel bleibt, durch eine möglichst flächendeckende Umsetzung der Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union zu verhindern, dass Banken auf andere Finanzplätze ausweichen.

# „Zivilcourage ist erforderlich“

## Philipp Mißfelder über latenten Antisemitismus in Deutschland und das deutsch-israelische Verhältnis



Quelle: Junge Union Deutschlands

**Philipp Mißfelder**  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat am Mittwoch über Antisemitismus in Deutschland debattiert. Zugrunde lag ein Expertenbericht über „Erscheinungsformen, Bedingungen und Präventionsansätze“, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat. „Fraktion direkt“ sprach mit dem außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, über die Einzelheiten.

*Herr Mißfelder, die Experten schätzen, dass latent antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind, und nennen eine Größenordnung von etwa 20 Prozent. Wie kann das sein – 67 Jahre nach dem Holocaust?*

Mißfelder: Antisemitismus tritt seit Jahrhunderten in verschiedenen Facetten und in unterschiedlicher Intensität in Erscheinung. Heute speist er sich aus verschiedenen Milieus: aus dem Rechts- und Linksextremismus, dem religiösen Fundamentalismus und aus antisemitischen Strukturen, die nicht spezifischen sozialen Gruppen zugeordnet werden können. Die Shoah gilt in gewissen Kreisen offenbar als historisches Ereignis, das antijüdischen Reflexen

heute nicht mehr im Wege steht. Das ist eine beunruhigende Entwicklung.

*In Berlin wurden kürzlich ein Rabbiner und seine kleine Tochter auf offener Straße angegriffen. Wie groß ist die Gefahr, dass latenter Antisemitismus in offene Gewalt umschlägt?*

Mißfelder: Das war ein schlimmer, beschämender Vorfall. Er hat gezeigt, wie schnell antisemitisches Denken zu tätlichen Übergriffen führt. Juden sind überall Bedrohungen ausgesetzt, auch in der deutschen Hauptstadt. Wir sollten uns aber vor Augen halten, dass die breite Mehrheit der Deutschen Antisemitismus und Gewalt verurteilt. Staat und Gesellschaft müssen dennoch wachsam bleiben. Zivilcourage ist erforderlich!

*Neben den Rechtsextremisten sind heutzutage vor allem Islamisten diejenigen, die jüdische Mitbürger verunglimpfen und bedrohen. Wie kann der Staat dem begegnen?*

Mißfelder: Der Islamismus ist eine unterschätzte Gefahr, die sich gerade gegen unsere jüdischen Mitbürger wendet und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden muss. Das Problem ist, dass der Hass der Islamisten gegen das Judentum meist als Religionskonflikt gedeutet wird. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Gerade diese Szene bedient sich abscheulicher antisemitischer Stereotype, die durch den religiösen Eifer zusätzlich aufgeladen werden. Ihnen geht es um die Vernichtung der jüdischen Kultur in Gänze – ein Ziel, das sich im Streben nach der Auslöschung des jüdischen Staates Israel zuspitzt.

*Das Internet ist die wichtigste Plattform für Rechtsextreme, Holocaust-Leugner und Leute, die Klischees über Juden verbreiten. Sind wir da machtlos?*

Mißfelder: Das Internet ist nicht vollständig kontrollierbar. Wir müssen leider mit Zumutungen leben, die dort verbreitet werden. Bildung spielt hier eine wichtige Rolle. Wenn Menschen um die reiche jüdische Tradition wissen, die Europas Kultur so entscheidend mitgeprägt hat, fällt Propaganda nicht so leicht auf fruchtbaren Boden.

---

## „Israel ist oft Projektionsfläche für antisemitische Klischees“

---

*Antisemitismus äußert sich auch in überzogener und einseitiger Kritik an Israel. Wird zu wenig über den Nahostkonflikt aufgeklärt?*

Mißfelder: Nein. Jeder, der sich über den Nahostkonflikt informieren möchte, kann auf eine Vielzahl seriöser Quellen zurückgreifen. Der jüdische Staat Israel dient aber vielen Menschen als Projektionsfläche, auf der sie ihre antisemitischen Klischees und Vorurteile abbilden können. Dabei tritt eine sachliche Auseinandersetzung mit den Konfliktstrukturen in den Hintergrund. Das widerspricht fundamental dem Geist der deutsch-israelischen Partnerschaft, der sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges im gegenseitigen Vertrauen entwickelt hat. Deutschland ist ein enger Freund Israels und wird Israels Existenzrecht mit aller Kraft verteidigen – eine Position, die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Recht zur Staatsräson erhoben hat.

## „Transparenz ist kein Selbstzweck“

### Aktuelle Stunde im Bundestag zu Nebeneinkünften der Abgeordneten

Die christlich-liberale Koalition hat im Bundestag ihre Bereitschaft bekundet, das Stufensystem zur Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten zu erweitern. In einer Aktuellen Stunde am Donnerstag sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Michael Grosse-Brömer, die Öffentlichkeit habe ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, welchen Nebentätigkeiten Abgeordnete nachgingen und welche Abhängigkeitsverhältnisse beständen. Allerdings „gilt der Schutz der Privatsphäre auch für Abgeordnete“, sagte er. Deshalb lehne die Union eine Offenlegung der Nebeneinkünfte auf Heller und Pfennig ab.

„Transparenz ist kein Selbstzweck“, sagte der Justiziar der Fraktion, Wolfgang Götzer. „Es kann doch nicht sein, dass wir Abgeordnete zwingen, Dinge preiszugeben, die eindeutig in die Privatsphäre gehören“, fügte er hinzu. Die Bürger hätten einen Anspruch darauf zu wissen, ob Parlamentarier in einem Abhängigkeitsverhältnis stünden, ob sie ihre politischen Tätigkeiten vermarkten und ob ihr Mandat im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stehe. Mit einer Stufenlösung sei dies erreichbar, sagte Götzer. Eine vollkommene Offenlegung der Nebentätigkeiten nach Euro und Cent, wie sie die Opposition fordert, bringe keinen Erkenntnisgewinn.

Auch Grosse-Brömer erklärte, „einen Mehrwert für die Transparenz“ sehe er bei diesem Modell nicht. Das Stufenmodell hingegen tariere den Anspruch der Bürger auf Information und das freie Mandat der Abgeordneten aus. Dies sehe auch das Verfassungsgericht so.

Götzer sprach sich außerdem dafür aus, zwischen Einkünften aus einem ausgeübten Beruf und aus der Vermarktung des Amtes zu unterscheiden. Denn sonst könnten Handwerker und Gewerbetreibende von einer Kandidatur für den Bundestag abgeschreckt werden.

#### Fraktion in Aktion

## Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland „ein Hoffnungszeichen“

### Kauder bei der Ankunft der Schutzbedürftigen in Hannover

Deutschland hat in der vergangenen Woche 105 irakische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen. In Hannover wurden sie von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Volker Kauder, und dem niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann begrüßt. Bei der Ankunft der Schutzbedürftigen sagte Kauder: „Die Aufnahme von 105 Flüchtlingen aus dem Irak, vornehmlich Christen, ist ein Hoffnungszeichen – auch wenn zunächst weniger aufgenommen werden, als ich mir gewünscht habe. Es werden bis ins Jahr 2014 weitere folgen. Ich bin dankbar, dass dies möglich ist. Ich hoffe, dass wir auch etwas für die verfolgten und bedrängten Christen in Syrien erreichen können.“

Bei den irakischen Flüchtlingen handelt es sich um Angehörige religiöser Minderheiten, vornehmlich

chaldäischer und assyrischer Volkszugehörigkeit. Die meisten von ihnen sind Familien mit Kindern, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Christentum im Irak Bedrohungen ausgesetzt waren und deshalb in die Türkei geflohen sind. Dort durchliefen sie ein Asylverfahren des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR und erhielten einen Flüchtlingsstatus.

### „Wegweiserkurs“ als Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland

Nach der Ankunft in Hannover wurden die Schutzbedürftigen zunächst für 14 Tage in das Durchgangslager Friedland gebracht. Dort erhielten sie einen fünftägigen „Wegweiserkurs“, bei dem ihnen erste Sprachkenntnisse und Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland vermittelt wurden.



Quelle: BAMF

Laut Beschluss der Innenministerkonferenz von 2011 sollen im Rahmen eines Neuansiedlungsprogramms in den Jahren 2012 bis 2014 je 300 Flüchtlinge aus Staaten außerhalb der Europäischen Union in Deutschland aufgenommen werden. Am 3. September waren bereits 195 Flüchtlinge aus dem Lager Shousha in Tunesien in Hannover angekommen.

## „Energiewende nicht schlechtreden“

### Aktuelle Stunde im Bundestag zu erneuerbaren Energien

Bundesumweltminister Peter Altmaier hat die Opposition davor gewarnt, die Energiewende in der Öffentlichkeit schlechtzureden. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch appellierte Altmaier an SPD und Grüne, den Ausbau der erneuerbaren Energien gemeinsam mit der christlich-liberalen Koalition voranzutreiben – im Interesse des Industriestandortes Deutschland. Der zu er-

wartende Anstieg des Strompreises angesichts der steigenden EEG-Umlage sei vor allem ein Versäumnis von Rot-Grün. Das damalige Regierungsbündnis habe zwar im Jahr 2000 den Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen, aber kein Konzept für den Einstieg in die Erneuerbaren vorgelegt, bemängelte er.

#### Opposition setzt Falschmeldungen in die Welt

Die Redner der CDU/CSU-Fraktion kritisierten vor allem, dass die Opposition die Akzeptanz der Energiewende, die doch von allen gewollt sei, bei den Bürgern schwäche. „Sie bringen mit Ihrer Polemik die Förderung der erneuerbaren Energien bei den Bürgern zunehmend in Misskredit“, sagte die umweltpolitische Sprecherin Marie-Luise Dött. Insbesondere rügte Dött, dass die Opposition Falschinformationen in die Welt setze. So be-

hauptete sie zum Beispiel, dass Golfplätze von der Umlage zur Förderung der regenerativen Energien befreit seien, obwohl dies nicht den Tatsachen entspreche. Ohnehin habe sich die Koalition dafür eingesetzt, dass nur noch energieintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes von der Umlage befreit werden könnten. Und dies sei richtig, denn man wolle den Industriestandort Deutschland und damit Arbeitsplätze erhalten, sagte Dött.

Der Vorsitzende der Energiekoordinationsgruppe, Thomas Bareiß, warf Rot-Grün vor, dass sie in ihrer siebenjährigen Amtszeit nichts getan hätten, um den Einstieg in die erneuerbaren Energien zu flankieren. Erst die christlich-liberale Koalition habe ein Konzept zum Ausbau der Netze und der Speicherkapazität, zur Intensivierung der Energieeffizienz und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren vorgelegt.



© PhotographyByMK - Fotolia.com

#### Die Fraktion informiert

## Neue Regeln für die Banken

### Flyer der Unionsfraktion zur Finanzmarktregulierung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2008 und 2009 hat die ganze Welt erschüttert. Damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann, hat die christlich-liberale Koalition mit nationalen, europäischen und globalen Initiativen eine wirksamere Finanzmarktregulierung vorangetrieben.

#### Mehr Durchschlagskraft für Finanzaufsicht

Der neue Flyer der Unionsfraktion „Neue Regeln für die Banken – Konsequenzen aus der Finanzkrise“ zeigt auf, welche strukturellen Reformen des Finanzmarktes eingeleitet wur-

den. Unter anderem wurden die Eigenkapitalanforderungen für Banken deutlich verschärft (Basel III). So werden eventuelle Verluste durch die Banken – und nicht die Steuerzahler – aufgefangen. Einige besonders risikoreiche Finanzgeschäfte wurden den Banken grundsätzlich untersagt, z.B. ungedeckte Leerverkäufe.

Die Finanzaufsicht wurde gestärkt. Sie kann jetzt von den Banken höhere Kapitalpuffer verlangen, höhere Geldstrafen verhängen und Gewinne abschöpfen. In Krisensituationen kann die Aufsicht den Banken riskante Geschäfte mit bestimmten Finanzprodukten untersagen.

#### Reformagenda weiter abarbeiten

Noch in dieser Wahlperiode treten Gesetze in Kraft, die den computergesteuerten Hochfrequenzhandel und den bisher außerbörslichen Handel mit Finanztermingeschäften strikter regulieren und sicherer machen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Reformagenda der Finanzmarktregulierung weiter abarbeiten.

Der Flyer kann unter [fraktion@cducsu.de](mailto:fraktion@cducsu.de) kostenlos bestellt werden und steht unter [www.cducsu.de/publikationen](http://www.cducsu.de/publikationen) zum Download bereit.

# Finanzen der Kommunen entwickeln sich erfreulich

## Kongress der Unionsfraktion „Starke Kommunen – starkes Land“ – Bund entlastet Gemeinden in historischer Größenordnung

Die Finanzen der Kommunen entwickeln sich erfreulich. Auf dem Kongress „Starke Kommunen – starkes Land“ zog die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch eine erste Bilanz der laufenden Legislaturperiode. Wissenschaftler, Experten aus der Bundes- und Landespolitik sowie Vertreter unterschiedlicher Kommunen zeigten dabei Zukunftsperspektiven für die Städte, Gemeinden und Landkreise auf.

„Für das laufende Jahr 2012 ist bundesweit mit einem kommunalen Haushaltsüberschuss von rund 2,5 Milliarden Euro zu rechnen“, stellte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz, gleich zu Beginn der Veranstaltung fest. Nach Einschätzungen des Bundesfinanzministeriums werde sich der jährliche Überschuss bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern. „Das ist ein Ergebnis, das sich vor wenigen Jahren noch keiner vorstellen konnte“, bilanzierte Götz die kommunalpolitischen Anstrengungen der Koalition.

„Diese Trendwende bei den Kommunal финанzen ist auf einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik zurückzuführen. Für mich war es wichtig, dass wir es geschafft haben, die Ursachen der kommunalen Finanzmi-

sere strukturell und damit auf Dauer zu bekämpfen“, stellte Götz klar. So entlastete der Bund die Kommunen mit der Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung allein im Zeitraum 2012 bis 2016 voraussichtlich um rund 20 Milliarden Euro. Das sei die größte Entlastung für die Kommunen in der Geschichte der Bundesrepublik.

### „In den Kommunen gestaltet sich die Zukunft unseres Landes“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte: „Es entscheidet sich zuerst in den Kommunen, wie sich die Zukunft unseres Landes gestaltet“. Mit diesen Worten ging er auf das Impulsreferat des Zukunftswissenschaftlers Horst Opaschowski ein.

Kauder erläuterte die Aktivitäten der christlich-liberalen Koalition für den ländlichen Raum. Um das Leben auf dem Land lebenswert zu halten, baue man die Breitbandversorgung aus und stärke die interkommunale Zusammenarbeit. Kauder kritisierte aber auch, dass sich die Länder teils kontraproduktiv verhielten. Als Beispiel nannte er die sogenannten „Wintererlasse“ einzelner Landesregierungen, die in den Wintermonaten Familienrückführungen nach Serbien und

in das Kosovo verhinderten. Dies konterkariere die Asylpolitik der Bundesregierung und führe letztlich zu Problemen und Mehrkosten in den Kommunen.

Auch die Blockade des energetischen Gebäudesanierungsprogramms durch die Länder bezeichnete er angesichts der Herausforderungen der Energiewende als „unverantwortlich“. Der Fraktionsvorsitzende ging auch auf die Eingliederungshilfen ein, die mit jährlich rund 13 Milliarden Euro den Kommunen über den Kopf wachsen. „Damit müssen wir uns zukünftig befassen“, sagte Kauder.

### „Partnerschaft auf Augenhöhe“

Bei der anschließenden Diskussion, an der Landrat Hans Jörg Duppré, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, Staatssekretär Bernd Krömer, Oberbürgermeister Christian Schramm und Oberbürgermeister Wolfgang Schuster teilnahmen, standen Kommunal финанzen, wachsende Sozialausgaben, die demografische Entwicklung und verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge im Vordergrund.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister stellte die verbesserte Beteiligung der Kommunen am Gesetzgebungsverfahren in den Vordergrund. Die Koalition sei dieser langjährigen Forderung der Kommunen nachgekommen. Durch Änderungen der Geschäftsordnungen von Bundesregierung und Bundestag könnten die kommunalen Spitzenverbände bei der Beratung von Gesetzentwürfen nun immer Stellung nehmen, wenn ihre Belange betroffen sind, sagte Meister: „Dies ist ein gewaltiger Schritt zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe.“





# Aussöhnung als Aufgabe

## Kongress der Unionsfraktion zu Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945

Die nationale Verantwortung, welche die Bundesrepublik nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu übernehmen hatte, umfasste stets zwei Aspekte. Es ging zum einen um die Versöhnung, um Wiedergutmachung gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik. Zum anderen musste die damals noch junge Republik Solidarität und Lastenausgleich in der eigenen Bevölkerung schaffen. In der ehemaligen DDR hingegen wurden die Vertriebenen verharmlosend als „Umsiedler“ bezeichnet. Das Thema war verboten.

Gegenwärtig wächst in der Gesellschaft das Interesse an der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vor allem die jüngere Generation begibt sich auf

perten und hochrangige Vertreter der Bundesregierung.

### Kauder erinnert an die Flucht seiner Eltern

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erzählte, dass er selbst einen Vertriebenenhintergrund habe, da seine Eltern einst als Deutsche aus Jugoslawien fliehen mussten. Er würdigte den außerordentlichen Beitrag, den die Heimatvertriebenen zur Entwicklung Deutschlands geleistet haben. Mit Blick auf die aktuelle Vertreibung von Christen in der Welt betonte er, dass Vertreibung immer Unrecht sei und nie akzeptiert werden dürfe.

Klaus Brähmig wies darauf hin, dass die Gruppe der Vertriebenen mit

onsfraktion nach wie vor das Kriegsfolgenschicksal anerkenne. Unter Menschen, die vom Kriegsfolgenschicksal betroffen sind, subsumiert man die 1,3 Millionen Vertriebenen, die im Bund der Vertriebenen organisiert sind, sowie die 2,4 Millionen Aussiedler und zwei Millionen deutsche Minderheiten in Osteuropa.

---

*„Kulturerbe der Ostgebiete hat festen Platz in der Erinnerungsarbeit“*

---

Kulturstaatsminister Bernd Neumann erklärte, das Kulturerbe der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete habe einen festen Platz in unserer Erinnerungsarbeit. Die Bundesregierung habe dafür gesorgt, dass der Förderetat in diesem Bereich von knapp 13 Millionen Euro im Jahr 2005 auf heute rund 17 Millionen Euro erhöht wurde.

Zum Abschluss des Kongresses stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel fest, dass man in den vergangenen Jahren gelernt habe, das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen besser wahrzunehmen. Bei allem Ringen um den richtigen Weg zwischen Rückschau und Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft habe sich der Umgang mit den Kriegsfolgen geändert. Dieser sei sensibler und auch selbstverständlicher geworden.

Die Umsetzung des sichtbaren Zeichens gegen das Unrecht von Vertreibungen in Berlin sei zum Greifen nahe, sagte die Kanzlerin. Sie hoffe, noch in dieser Legislaturperiode die Einweihung in einem symbolischen Akt vornehmen zu können.



Angela Merkel auf dem Kongress „Aussöhnung als Aufgabe“

Spurensuche. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den jüngsten Publikationen und Filmen. Daher ging es beim Fachkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am vergangenen Montag im Reichstag darum, die aktuelle Bedeutung dieses Teils der deutschen Vergangenheit aufzuzeigen.

Zu dem ganztägigen Kongress mit dem Titel „Aussöhnung als Aufgabe. Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945“, der vom vertriebenenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Klaus Brähmig, initiiert worden war, kamen über 250 Teilnehmer. Auf drei Podien sprachen namhafte Ex-

ihm erstmals von einem Abgeordneten aus den neuen Bundesländern geleitet werde. Mit derzeit 70 Mitgliedern sei sie so groß wie nie zuvor. Diesen Schwung habe man im Bundestag genutzt, um sich mit den Folgen der Vertreibung für Deutschland auseinanderzusetzen. Die Gruppe brachte beispielsweise 2011 anlässlich des 60. Jahrestages der Stuttgarter Charta den bisher umfangreichsten Antrag zu Flucht und Vertreibung ein.

Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, bekräftigte, dass die Bundesregierung ebenso wie die Uni-

# Ackerland schrumpft

## Erntemenge steigt

Wiesbaden – Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland ist auch im Jahr 2012 weiter zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt zum Welternährungstag am 16. Oktober 2012 mitteilte, umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche derzeit 16,7 Millionen Hektar. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 37.000 Hektar – mehr als die Fläche der Stadt Bremen. Seit 1995 ist die Fläche um vier Prozent geschrumpft.

Den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche hat nach wie vor das Ackerland. Im Jahr 2012 beträgt die Ackerfläche rund 11,9 Millionen Hektar. Sie blieb im Zeitverlauf relativ konstant. Die Anbaufläche für Getreide entspricht mit gut 6,5 Millionen Hektar im Jahr 2012 ebenfalls weitgehend der Fläche des Jahres 1995. Die Getreideernte wird 2012 mit voraussichtlich rund 45 Millionen Tonnen gut ausfallen. Kartoffeln wurden 2012 auf einer Fläche von rund 238.000 Hektar angebaut. Dies entspricht einem Flächenrückgang von 77.000 Hektar gegenüber 1995. Dennoch ist die Erntemenge von 9,9 Millionen Tonnen im Jahr 1995 auf 10,6 Millionen Tonnen im Jahr 2012 angestiegen. Wichtige Gründe für die steigenden Erträge sind unter anderem Fortschritte in der Züchtung und optimierte Produktionsverfahren.

### Mehr Energiepflanzen

Bei den Pflanzen zur Grünernte auf dem Ackerland, zu denen vor allem Silomais, Leguminosen und Feldgras zählen, ist seit 2003 eine kontinuierliche



Aufregung in Downing Street

Zeichnung: Sakurai

### Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine [www.veranstaltungen.cducusu.de](http://www.veranstaltungen.cducusu.de)

- 5. November 2012 Fachgespräch Behindertenpolitik mit Fraktionen der Länder
- 26. November 2012 Kongress Afghanistan
- 10. Dezember 2012 Kongress Weltbevölkerung
- 11. Dezember 2012 Vorweihnachtliche Feier im Tipi

che Ausweitung der Flächen zu beobachten. So umfasst die Fläche der Pflanzen zur Grünernte insgesamt mit gut 2,8 Millionen Hektar inzwischen rund eine Million Hektar mehr als noch im Jahr 1995. Vor allem die Anbaufläche von Silomais ist dabei gestiegen. Grund hierfür ist unter anderem die steigende Nutzung als Energiepflanze für die Versorgung der Biogasanlagen. Im Vergleich zu 2011 vergrößerte sich die Silomaisfläche

um fast 28.000 Hektar. Die Grundfläche für den Anbau von Gemüse und Erdbeeren hat seit dem Jahr 1995 um fast ein Drittel zugenommen.

Die Anbaufläche von Handelsgewächsen, wie zum Beispiel Raps und andere Ölfrüchte, umfasst 2012 knapp 1,4 Millionen Hektar. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr zwar ein leichter Rückgang um knapp zwei Prozent, gegenüber 1995 aber ein Anstieg um 20 Prozent.

### Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)

Fraktion direkt

[www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)

[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)

[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)